

Max Straubinger

- (A) rinnen und Arbeitnehmer in einem Betrieb die Leidtragenden sind? Wäre es dann nicht besser, eine Umstrukturierung, wenn sie notwendig ist, zur Rettung der noch verbleibenden Arbeitsplätze durchzuführen? Dies muss möglich sein, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jutta Krellmann [DIE LINKE]: Ach! Dann fallen doch sowieso meistens alle Arbeitsplätze weg! Bei Nokia waren alle Arbeitsplätze weg! – Harald Weinberg [DIE LINKE]: Das ist wirklich unglaublich, Herr Straubinger!)

Ich möchte darauf hinweisen: Die Umstrukturierungen, die in den vergangenen drei, vier Jahren in der deutschen Wirtschaft stattgefunden haben, haben in der Gesamtbilanz letztendlich zu mehr und nicht zu weniger Arbeitsplätzen in Deutschland geführt. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Jutta Krellmann [DIE LINKE]: Und was ist mit dem Thema Mindestlohn?)

Eines ist mir noch wichtig – darüber wurde immer wieder diskutiert –: Das Zutrittsrecht ergibt sich aus der normalen Betriebsratstätigkeit. Dieses Thema wurde auch auf europäischer Ebene andiskutiert, dann aber von beiden Sozialpartnern im Einvernehmen nicht mehr aufgegriffen. Auch dies gehört mit zur Wahrheit.

- (B) (Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja! Das ist schon etwas komplizierter gewesen!)

Deshalb glaube ich, dass die Umsetzung gelungen ist. Ich kann allen Kolleginnen und Kollegen in diesem hohen Hause nur die Zustimmung empfehlen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Europäische Betriebsräte-Gesetzes. Von der Kollegin Müller-Gemmeke liegt mir eine Erklärung nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor. Wir nehmen sie entsprechend unseren Regeln zu Protokoll.¹⁾

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/5399, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 17/4808 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der Unionsfraktion und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der übrigen

Fraktionen des Hauses in zweiter Beratung angenommen. (C)

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der Unionsfraktion und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Tagesordnungspunkt 11 b. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu dem Antrag der Fraktion der SPD mit dem Titel „Wirkungsvolle Sanktionen zur Stärkung von Europäischen Betriebsräten umsetzen“. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/5399, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/5184 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Unionsfraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Elvira Drobinski-Weiß, Gabriele Hiller-Ohm, Dr. Wilhelm Priesmeier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Für faire Lebensmittelpreise und transparente Produktionsbedingungen – Gegen den Missbrauch von Marktmacht (D)

– Drucksache 17/4874 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (f)
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Federführung strittig

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Drobinski-Weiß für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! „Ombudsmann wird Lieblingskind“, so lautete vor drei Wochen eine Überschrift in der *Lebensmittel Zeitung*. Dies habe ich sehr erfreut gelesen und zur Kenntnis genommen. Denn darin waren wir uns alle nach der Anhörung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Juli des letzten Jahres einig.

(Dr. Erik Schweickert [FDP]: Ja!)

¹⁾ Anlage 3

Elvira Drobinski-Weiß

- (A) Doch mittlerweile ist das neun Monate her – ich betone: neun Monate –, und bisher ist nichts passiert. Aber von sich aus – das wissen wir allmählich – wird der Handel nicht bereit sein, etwas zu ändern.

Gestern erreichte mich beispielsweise eine Stellungnahme des Einzelhandels. Zu unserer Forderung, die Praktikabilität des Verbots des Verkaufs unter Einstandspreis zu prüfen, heißt es dort: Das Verbot des Verkaufs unter Einstandspreis ist wettbewerbsökonomisch verfehlt und muss ersatzlos abgeschafft werden. – Wenig Bereitschaft also dort, wo es darum geht, die eigenen Prüfnäse zu verteidigen.

Doch es muss endlich etwas getan werden. Deshalb haben wir unseren Antrag vorgelegt. Wir haben Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, die Arbeit abgenommen. Sie brauchen unseren Vorschlägen nur zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Erik Schweickert [FDP]: Mindestlohn!)

In einer Pressemitteilung vom 14. Februar dieses Jahres meldet das Bundeskartellamt eine Konzentration von 85 Prozent des Absatzmarktes auf die vier größten Handelsunternehmen – 85 Prozent bei vier Handelsunternehmen! Das Bundeskartellamt hat inzwischen eine Sektoruntersuchung im Bereich des Lebensmittelhandels eingeleitet. Das begrüßen wir sehr; denn das ist notwendig, und das war auch eine unserer Forderungen.

- (B) Die Situation am Lebensmittelmarkt ist extrem angespannt. Die Konzentration bringt auch den Lebensmittel-einzelhandel in eine gefährliche Machtposition gegenüber den Lieferbetrieben. Der Handel kann nämlich Bedingungen diktieren, zu denen die Produkte abgenommen werden. Unfaire Einkaufspraktiken wie Preisdrückerei bis unter Einstand, die Zahlung von Treueboni oder willkürliche Auslistungen scheinen dabei keine Einzelfälle zu sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert [FDP])

Das geht zulasten des fairen Wettbewerbs, aber auch zulasten der Beschäftigten. Denn mit Verweis auf den Preisdruck vergeht in der Ernährungswirtschaft kaum eine Verhandlung ohne Forderung der Unternehmensvertreter nach niedrigeren Löhnen und geringeren Sozialleistungen. Darauf wird Frau Hiller-Ohm nachher noch eingehen.

Am Ende der Kette stehen die Verbraucherinnen und Verbraucher. Auch sie leiden unter dem Konzentrationsprozess und dem Marktmachtmissbrauch. Für sie wird er in Angebotseinschränkungen und Qualitätseinbußen spürbar. Denn immer häufiger werden billigere Ersatzstoffe in der Lebensmittelproduktion eingesetzt. Ich nenne da nur Klebeschinken, Analogkäse ohne Milch und Joghurt mit Aroma aus Holzspänen. Frischmilch ist beispielsweise zur Rarität geworden – sicher nicht, weil die Verbraucherinnen und Verbraucher keine Frischmilch wollen. Sie ist nicht mehr im Angebot, weil die sogenannte ESL-Milch logistische und finanzielle Vor-

teile gegenüber der schnell verderblichen Frischmilch bietet. (C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass unser Antrag an den Verbraucherausschuss als federführenden Ausschuss überwiesen wird. Die von Ihnen bei diesem Thema beabsichtigte Verlagerung der Federführung in den Wirtschaftsausschuss können wir nicht nachvollziehen. Sie betonen doch auch immer die starke Stellung des mündigen Verbrauchers und seine Mitverantwortung bei der Gestaltung des Marktes.

Der Handlungsbedarf geht weit über Ombudsstelle und Kartellrecht hinaus. Wir brauchen einen ganzen Maßnahmenkatalog, um den Fehlentwicklungen am Lebensmittelmarkt entgegenzuwirken. Deshalb sollten wir die Kette vom Ende her denken und Verbraucherpolitik endlich ernst nehmen. Wir bleiben dabei: Die Federführung gehört in den Verbraucherausschuss.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Dr. Nüßlein hat für die Unionsfraction das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! „Für faire Lebensmittelpreise und transparente Produktionsbedingungen – Gegen Missbrauch von Marktmacht“ lautet der geradezu Beifall und Zustimmung heischende Titel Ihres Antrages. Ich gebe ganz offen zu, dass ich für das, was Sie in Teilen formuliert haben, insbesondere wenn es um die Problembeschreibung geht, ein hohes Maß an Sympathie habe. Ich habe mich zunächst einmal über diesen Antrag gefreut, weil die Probleme, die Sie gerade eben auch beschrieben haben, im Lebensmittelhandel evident sind. Es gibt in der Tat eine Marktmacht des Handels, und wenn es eine solche Marktmacht gibt, ist Missbrauch nicht von der Hand zu weisen. Es stimmt auch, dass davon auf der einen Seite die Lieferanten und auf der anderen Seite die noch verbliebenen mittelständischen Händler sowie natürlich auch deren Mitarbeiter betroffen sind, die dadurch unter einen gewissen Druck kommen. (D)

Ich fand es nur ein bisschen schade, dass Sie in Ihrem Antrag in Richtung Ideologie abschweifen,

(Dr. Erik Schweickert [FDP]: Mindestlohn!)

von sozialen und ökologischen Verbesserungen weltweit schwärmen

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Wir haben einen globalen Markt!)

und den Mindestlohn mit einbauen. Das, was Sie an dieser Stelle fabriziert haben, gehört wahrscheinlich auch unter die Kategorie Analogkäse. Mit Verlaub: Es wäre schön gewesen, wenn Sie sich an dieser Stelle auf das ei-